

1. Einleitung

Daß Unternehmen vor Investitionsentscheidungen eine Risikoanalyse vornehmen, gehört zu den Selbstverständlichkeiten im Rahmen des betriebswirtschaftlichen Entscheidungskalküls. Daß im Rahmen dieser allgemeinen Risikoanalyse auch die politischen Risiken erfaßt werden müssen, ist schon weit weniger selbstverständlich. Während jedoch politische Risiken innerhalb von Industrieländern für Investitionsentscheidungen weniger dominant sind, so ist ihre Bedeutung bei ausländischen Direktinvestitionen umso größer. Hervorgerufen wird das größere politische Risiko vor allem in Entwicklungsländern vor allen Dingen durch die mangelnde Kalkulierbarkeit politischer Entwicklungen in politischen Systemen, die häufig nicht demokratischen Spielregeln genügen.

Um die wirtschaftlichen Verluste in der Folge politischer Ereignisse bei Direktinvestitionen zu minimieren, ist eine möglichst genaue Analyse und auch Prognose der politischen Risiken im potentiellen Investitionsland notwendig. Der Begriff des politischen Risikos umfaßt dabei weit mehr als den Begriff der politischen Stabilität, der auf eine relative Konstanz politischer Rahmenbedingungen abzielt.

Die Erfassung politischer Risiken erhält im Hinblick auf die Modernisierungsbemühungen der Entwicklungsländer zusätzliche Relevanz. Durch frühzeitige Registrierung von politischen Umweltentwicklungen kann möglicherweise eine rechtzeitige Korrektur dysfunktionaler Erscheinungen erfolgen. Für die Entwicklungsländer bedeutet dies, daß mögliche Fehlentwicklungen im Hinblick auf selbstgesetzte Ziele im Frühstadium

erkannt werden können. Erst wenn die Ursachen für mangelnde politische Stabilität eines Landes aufgedeckt sind, die Risiken für Direktinvestitionen darstellen, können politische Reformen effizient umgesetzt werden.

Die Analyse von politischen Risiken kann sich weder auf eine Theorie des politischen Risikos noch auf eine Theorie des wesentlich engeren Begriffs der politischen Stabilität stützen. Die vorliegende Arbeit kann daher nicht deduktiv von bestehenden Axiomen ausgehen, sondern muß sich induktiv durch die Benennung aller denkbaren Facetten des politischen Risikos an eine Gesamtdarstellung dieses Phänomens herantasten. Ergänzend zu dieser Vorgehensweise wird der Versuch unternommen, ausgehend von den Partialtheorien der politischen Stabilität, eine allgemeine Theorie zu entwickeln. Diese Theorie der politischen Stabilität kann jedoch ihrerseits nur einen Teil einer Theorie des politischen Risikos darstellen.

Da die politische Risikoanalyse vorrangig auf die Situation in Entwicklungsländern abgestellt sein soll, ist es weiterhin erforderlich, Strukturen und Bedingungen der Entwicklungsländer aus den jeweiligen Theorien der politischen Entwicklung abzuleiten.

Um einen Leitfaden für einen Ansatz einer allgemeinen Theorie politischer Stabilität und politischer Risiken zu gewinnen, werden im ersten Kapitel die grundlegenden Prinzipien der Theoriebildung diskutiert. Diese Aufgabe soll mit Hilfe der Systemtheorie geleistet werden, wobei auch Ergebnisse der Modernisierungs- und Entwicklungstheorie berücksichtigt werden sollen.

Durch eine Erörterung von Struktur, Umfang und Determinanten ausländischer Direktinvestitionen erfolgt im zweiten Kapitel eine begriffliche Klärung, in die soweit aus Definitionsgründen notwendige, erste empirische Ergebnisse einfließen.

Im dritten Kapitel werden im Zusammenhang mit dem Investitionsklima die grundlegenden Voraussetzungen von Direktinvestitionen weiter differenziert und Idealbedingungen und Wege zu deren Erreichung aufgezeigt.

Nach diesen allgemeinen Erörterungen erfolgt eine Verengung der Perspektive auf politische Risiken, die von ökonomischen, natürlichen und technischen Risiken abgegrenzt werden. Im Mittelpunkt stehen dabei diejenigen politischen Risiken, die in der Struktur des jeweiligen Investitionslandes, den dort vorherrschenden Wertvorstellungen und Philosophien, sowie den jeweiligen politischen Ereignissen begründet sind. Derartige Risiken treffen investierende Unternehmen dann besonders hart, wenn sie unerwartet die Unternehmensplanung zu einer Korrektur des Zielsystems zwingen.

Im fünften Kapitel werden daher zunächst konkrete Auswirkungen politischer Risiken auf einzelne Unternehmen untersucht. Schwerpunkte der Untersuchung bilden dabei Enteignungen und Nationalisierungen sowie die Einschränkung der unternehmerischen Dispositionsfreiheit und sonstige Konsequenzen für die strategische Unternehmensplanung.

Im folgenden Kapitel wird die bisherige Praxis der Diagnose politischer Risiken durch Unternehmen kritisch untersucht und Folgerungen für einen systematischen Ansatz einer politischen Risikoanalyse gezogen. Dabei

steht die Erarbeitung eines Vorhersage- und Frühwarnsystems ebenso wie methodische Überlegungen zur Implementierung von Frühwarnindikatoren in die Unternehmensplanung im Mittelpunkt.

Dann werden die grundlegenden Strategien zur Bewältigung politischer Risiken im Rahmen eines politischen Risikomanagements erörtert, die im wesentlichen in Anpassung, Abwehr oder Transfer der Risiken oder auch in Direktinvestitionen bestehen können.

Da politische Risiken vor allem auf systembedingte Instabilitätserscheinungen zurückführbar sind, wird im achten Kapitel versucht, sowohl die klassischen als auch die neueren Theorien politischer Stabilität für einen Ansatz einer allgemeinen Theorie politischer Stabilität nutzbar zu machen. Als konkretes Fallbeispiel wird dieser Ansatz dann auf das politische System der Türkei übertragen, um die Operationalisierbarkeit einzelner Hypothesen zu testen. Darüberhinaus soll versucht werden, das bisherige unternehmerische Investitionsverhalten zu erfassen.

Im neunten Kapitel werden daher Hypothesen über den Zusammenhang zwischen Direktinvestitionen und politischen Risiken zusammengetragen, operationalisierbare Hypothesen ausgewählt und im Rahmen einer multiplen Regressionsanalyse überprüft. Im letzten Kapitel wird schließlich ein eigener Ansatz entwickelt, der politische Stabilität in ein Gesamtmodell politischer Risikoanalyse integriert und differenzierte Analysen politischer Risiken für ausländische Direktinvestitionen ermöglichen soll.